Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

254 (29.10.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 254 — Samstag, den 29. Oktober 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das Reichskabinett behandelte am Freitag in einer bedeutungsvollen Sitzung die Frage der preußischen Verwaltungsreform. Eine amtliche Stellungnahme wird erst erfolgen, wenn am Samstag mittag der Empfang des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten beim Reichspräsidenten stattgefunden hat.

•

Das Kabinett Braun hat wegen der geplanten Organisationsänderungen bei den Reichsstellen Schritte unternommen, damit einschneidende Beschlüsse unterbleiben, solange nicht eine vorherige Verhandlung mit der Landesregierung stattgefunden hat.

•

Auf dem Jahresbankett des Vereins Berliner Presse sprach Reichsinnenminister Freiherr von Gayl über Reichs- und Verwaltungsreform.

•

Der Großrundfunksender Leipzig ist seiner Bestimmung übergeben worden.

•

Der Nanking—Schanghai-Schnellzug ist bei Souchon entgleist. Die Zahl der Toten und Verwundeten beträgt 90.

*

Im Rahmen des Wahlkampfes sprachen am Freitag Hitler in Altona, Dingeldey in Berlin, Schreiber in Berlin u. a. m.

Die Beschlüsse des Reichskabinetts

Zur Frage Preußen — Reich

Berlin, 28. Okt. Der Empfang des früheren preußischen Ministerpräsidenten Braun beim Reichspräsidenten v. Hindenburg ist auf Samstag 12.15 Uhr mittags festgesetzt worden. Vorher werden die Beschlüsse, die das Kabinett am Freitag gefaßt hat, nicht veröffentlicht. Die zuständigen Stellen in der Wilhelmstraße lehnen auch jede weitere Erklärung über die Verwaltungsvereinfachung Reich-Preußen solange ab, bis nicht der Reichspräsident die Vorschläge des Kabinetts genehmigt.

Die in der Sitzung des **Reichskabinetts** am Freitag beschlossenen Maßnahmen sollen sich in drei Gruppen gliedern:

1. **Es werden Persönlichkeiten zu Reichsministern ohne Portefeuille ernannt und gleichzeitig mit der kommissarischen Verwaltung dreier preußischer Ministerien beauftragt.** Es sind dies die Herren Dr. **Bracht** für das preußische Ministerium des Innern, der frühere Staatssekretär Dr. **Popitz** für das preußische Finanzministerium.

2. Das preußische Landwirtschafts- und preußische Justizministerium werden von heute an von den Inhabern der entsprechenden Reichsverwaltungen, also vom Reichsernährungsminister Frhr. von Braun und Reichsjustizminister Dr. Gürtner kommissarisch mitverwaltet.

3. In den Sachgebieten des preußischen Ministeriums **für Handel und Gewerbe und am Volkswohlfahrtsministerium** wird eine solche Schrumpfung vorgenommen werden, daß der Weiterbestand dieser Ministerien nicht mehr gerechtfertigt ist; die Verwaltung wird von den entsprechenden anderen preußischen oder Reichsministerien übernommen werden.

Der Zweck dieser Maßnahme, die die Billigung des Reichspräsidenten haben, da dieser ja die Ernennung der Minister ohne Portefeuille vornehmen wird, ist der, **unter keinen Umständen die Zweiheit Reich-Preußen wieder aufleben zu lassen.** Auf der anderen Seite fühlt sich die Reichsregierung gerade nach dem Leipziger Spruch berechtigt, diese Maßnahmen zu treffen, um so mehr, als es jetzt darauf ankommt, alle Ausweitungen etwaiger Amtsbefugnisse der früheren preußischen Minister zu verhindern.

Alle Gerüchte, die über diese Maßnahme hinausgehen, verzeichnen nur Möglichkeiten. Dazu gehört auch die von einem Berliner Mittagsblatt gemeldete Ernennung des kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Dr. v. Hülsen, zum kommissarischen Leiter des preußischen Kultusministeriums und ebenfalls Reichsminister ohne Portefeuille. In unterrichteten Kreisen betont man, daß sich noch keineswegs sagen läßt, wie die Lösungen im einzelnen aussehen werden.

Der Reichspräsident empfängt v. Papen und Braun

Berlin, 28. Okt. Reichspräsident v. Hindenburg, der, den Blättern zufolge den Vortrag des Staatssekretärs Meißner über den Leipziger Urteilsspruch und die Besprechungen mit Dr Brecht entgegengenommen hat, **wird am Samstag Reichskanzler v. Papen und Ministerpräsident Braun zu einer Besprechung der durch das Leipziger Urteil geschaffenen Lage empfangen.**

Der Reichsinnenminister über Verwaltungs- und Verfassungsreform

Berlin, 28. Okt. Der Verein Berliner Presse gab am Freitag abend in den Räumen des Zoo das traditionelle **Jahresbankett zu Ehren der Reichsregierung.** Es waren u. a. erschienen Reichskanzler von Papen, die Reichsminister Freiherr von Braun, Freiherr von Gayl, D. Gürtner, Freiherr von Neurath und Schäffer, Dr. Bracht, mehrere Botschafter, Vertreter deutscher Länder und weitere zahlreiche Vertreter der Politik, der hohen Beamtenschaft, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kunst.

Der erste Vorsitzende des Vereins Berliner Presse, Dr. Fritz Klein, sprach einen Trinkspruch auf den Reichspräsidenten. Wir Deutsche sind in der glücklichen Lage, so sagte Dr. Klein, ein Staatsoberhaupt zu besitzen, dessen geschichtliches Verdienst und menschlicher Wert hoch über allem Streit der Parteien steht. Wir bitten die Vorsehung, die ragende Heldengestalt an der Spitze des Reiches dem deutschen Volke noch lange Jahre gnädigst zu erhalten. Auf Hindenburgs Augen ruht heute der Staat.

Nach einer Festrede Dr. Kleins nahm der

Reichsminister des Innern Freiherr von Gayl

das Wort zu der angekündigten **Rede über die Reichs- und Verfassungsreform,** in der er ein eifend betonte, daß das bisherige Schweigen der Reichsregierung nicht Geheimnisträmerei gewesen sei, sondern gute Gründe hatte.

Die Fragen der Gesamtreform, so sagte der Minister, sind so schicksalsschwer und so schwierig, daß sie reifliche und eingehende Ueberlegung bis in alle Einzelheiten hinein bedürfen. Sie berühren bedeutsam das Verhältnis zwischen Reich und Ländern auf zahlreichen Gebieten des öffentlichen Lebens, sodaß hier eine frühzeitige sorgsame **Fühlungnahme zwischen Reich und Ländern** erfolgen muß.

Daß die Zustände in Deutschland reformbedürftig sind, wird so allgemein zugegeben, daß ich hierüber keine Worte zu verschwenden brauche. Wir haben uns entschlossen, keine der vorliegenden Lösungen fertig aus der Schublade zu nehmen, so sehr wir den Wert der Vorarbeiten zu schätzen wissen. Wir wollen daher unter Benutzung uns zweckmäßig erscheinender Vorschläge anderer **einen eigenen Weg gehen.** Völlig abwegig wäre es, ausländische Vorbilder auf deutsche Verhältnisse zu übertragen.

Wir verzichten gewiß darauf, etwas völlig neues anstelle der gegenwärtigen Einrichtungen zu setzen und beschränken uns vernunftgemäß auf den **Ersatz mangelhafter Einrichtungen durch bessere,** wie sie die Erfahrungen der letzten 13 Jahre fordern. Also nicht Neubau, sondern **Ausbau des Staates mit dem Ziel, ihn in den Stand zu versetzen, der Not der Zeit besser Herr zu werden, als es ihm bisher vergönnt war.** Wenn die Ideen der heranziehenden neuen Zeit eine fühlbare Reife gewonnen haben werden, dann erst wird der Zeitpunkt für Neuerungen kommen, zu deren Verwirklichung unsere Gegenwart noch nicht berufen ist. Aus dieser Erkenntnis und Selbstbeschränkung folgt, daß wir das Vorhandene ausbauen wollen, und daß **grundsätzliche Neuerungen unterbleiben werden.** Das gilt unter anderen Punkten besonders für die **Staatsform.** Ich erinnere an die Worte des Herrn Reichskanzlers am letzten Montag und an meine eigene Antrittsrede im Reichsrat, in der ich mich grundsätzlich als Anhänger der monarchischen Idee bekannte, in der ich aber **mit Ernst und Nachdruck ablehnte, eine Aenderung der Staatsform auch nur zu erwägen!**

Das gilt auch von dem **Gedanken des Einheitsstaates.** Wer den Versuch gemacht hat, sich ernsthaft in die Geschichte unseres Volkes zu vertiefen, der **lehnt** trotz Würdigung aller offenbaren Vorteile eines Einheitsstaates und trotz der Erfahrungen aus neuester Zeit **diesen Gedanken ab und bekennt sich zu dem Bundesstaat,** der heute ist, und der so lange bleiben wird, bis eine überwältigende Volksströmung sein Ende fordert.

Es steht heute schon fest, daß kein deutsches Land gegen seinen Willen seiner Eigenstaatlichkeit beraubt und einem größeren Reichsgliede zugeteilt werden soll. Es steht ferner fest, daß eine Neueinteilung des Reiches in neue Länder oder Reichsprovinzen nicht in Frage kommt.

Auch die **Vereinigung der zahlreichen Enklaven** auf der Landkarte Deutschlands ist **keine vordringliche Angelegenheit.** Wir halten fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches und an der Achtung vor seiner Gliederung und suchen auf der Eigenstaatlichkeit der Länder und den ihnen innewohnenden Kräften, die im Heimatboden wurzeln, das beste für das Gesamtreich zu entwickeln.

Es ist aber eine durch die Erfahrungen langer Jahre erhärtete Tatsache, daß die bisherige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen dringend der Neuordnung bedarf.

Der Zustand, den wir in der Gegenwart erleben, spricht deutlicher als lange staatsrechtliche und politische Ausführungen von der Notwendigkeit der **Neuordnung des Verhältnisses Reich-Preußen** im Sinne einer organischen Verbindung zwischen beiden. Entsprechend dem bundesstaatlichen Charakter des Gesamtreiches soll die **Eigenstaatlichkeit Preußens nicht weiter angetastet werden, als das Reichsinteresse erfordert, das ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten verlangt.**

Ich darf in diesem Zusammenhange ein Wort einflechten über die heutige Lage. Das Reich hat, wie der Staatsgerichtshof soeben in seinem Urteil anerkannt hat, auf einwandfreier Rechtsgrundlage nach pflichtgemäßem Ermessen die Regierung Preußens vorübergehend in die Hand eines Reichskommissars gelegt. Aus der Konstruktion der Weimarer Verfassung hat nun der Staatsgerichtshof juristisch die Folgerung gezogen, daß die eigene Willensbildung des preußischen Staates gegenüber dem Reich und den eigenen parlamentarischen Körperschaften in der Hand der von den übrigen Staatsgeschäften enthobenen bisherigen Regierung verbleiben muß.

Wer versucht, die Dinge vom praktischen Standpunkt des Reichskommissars einerseits und der bisherigen preußischen Regierung andererseits, zu durchdenken, der kommt zu der zwingenden Erkenntnis, **daß die versuchte Lösung sehr schwer durchführbar ist, und daß sie den Keim zu neuen unfruchtbaren Auseinandersetzungen in sich trägt.** Das Urteil weist aber selbst darauf hin, daß der Herr Reichspräsident unter bestimmten Voraussetzungen die Maßregeln treffen kann, die zur Erzielung einer einheitlichen Politik im Reich und in Preußen notwendig erscheinen. Unter diesen Verhältnissen hat **die Reichsregierung die doppelte Pflicht, sowohl den in Preußen beschrittenen Weg folgerichtig und ohne zu wanken weiterzugehen, als auch alle Kraft daran zu setzen, die Reichs- und Verfassungsreform rasch zu einer gedeihlichen Lösung zu führen.**

Die Lage am heutigen Tage beleuchtet die Notwendigkeit einer sachgemäßen, organischen und verfassungsmäßigen Regelung des Verhältnisses Reich-Preußen mit besonderer Schärfe.

Preußen soll dabei seine Eigenstaatlichkeit nicht aufgeben, aber es soll **als einziges deutsches Land in ein engeres Verhältnis zum Reich treten.** Seine eigenstaatliche Willensbildung gegenüber dem Reich soll nicht ausgeschaltet, sondern so organisiert werden, daß Meinungsverschiedenheiten einen brauchbaren Ausgleich von Kabinett zu Kabinett finden können. Ueber die Art dieser systematisch von Ressort zu Ressort zu ziehenden Querverbindungen sind die Erwägungen noch nicht völlig abgeschlossen. Das neue Verhältnis Reich-Preußen ist in den beiden Verfassungen gleichmäßig zu verankern. Die übrigen Länder sind dabei vor einer Majorisierung und sonstiger Benachteiligung zu schützen.

Die Entwicklung seit Weimar hat praktisch zu einer **übertriebenen Zentralisation vieler Verwaltungszweige in Berlin** geführt und damit Entscheidungen an die falsche Stelle gelegt. Notwendig ist eine starke **Verlagerung der Aufgaben auf Länder und Gemeinden,** sowie eine Aenderung des Finanzausgleichs mit dem Ziel, daß Länder und Gemeinden Aufgaben übernehmen und durchführen können, zu deren Erfüllung bisher Mittel vom Reich erbeten werden mußten und deren Gewährung durch das Reich dann eine Mitwirkung nunmehr mitverantwortlich gewordenen Reichs erforderte. Diese Dinge lassen sich außerhalb der Verfassung ändern sobald man nur den Willen hat, sie einmal systematisch anzufassen.

Der Minister sprach dann über **Verfassungsfragen** und von einem überspitzten Parlamentarismus, gegen den Sicherungen eingebaut werden müßten. Es könne sich um einen Ausbau der Rechte des Reichsrats oder um einen Einbau einer berufsständischen Kamer oder um eine Mischung von beidem handeln. Welchen Weg wir empfehlen, das müsse heute noch offen bleiben. Jeder Versuch sei bisher an dem Wechsel der Regierungen gescheitert. Dieser Zustand sei in Notzeiten untragbar. Es müsse durch Abänderung des Artikels 54 der Reichsverfassung neue Gegenmaßnahmen eingebaut werden für eine gesicherte Regierungsgewalt. Die Vorlage der Reichsregierung werde Vorschriften enthalten, um nach Möglichkeit die Rechte des Reichstags nicht unnötig einzuengen. Völlig abwegig sei es, wenn behauptet werde, die Regierung plane die Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts. Wir halten es für richtig, **das aktive und passive Wahlalter um etwa fünf Jahre heraufsetzen und jedem selbständigen Familienernährer, Mann oder Frau, und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu geben, die die Bedeutung der Familie unterstreicht und den Kriegsteilnehmern den Dank des Vaterlandes zum Ausdruck bringt**

Beitragseinnahmen der Sozialversicherung

Berlin, 28. Okt. Die Beitragseinnahmen der **Invalidenversicherung** sind nach den vorläufigen Feststellungen von etwa 51,3 Millionen RM. im Juli auf 52,2 Millionen RM. im August und auf 55,1 Millionen RM. im September gestiegen. Die Septembereinnahme liegt damit rund 3 Millionen RM. über dem bisherigen monatlichen Jahresdurchschnitt. Die Beitragseinnahmen der **Angestelltenversicherung** stiegen von 22,1 Millionen RM. im Juli auf 22,7 Millionen RM. im August und auf 23,3 Millionen RM. im September. Die Beitragseinnahmen in der **Arbeitslosenversicherung** betrugen im Juli 84,8 Millionen RM., im August 86,0 Millionen RM., im September 84,9 Millionen RM. Die Abgabe zur **Arbeitslosenhilfe** erbrachte im Juli 41 Millionen RM., im August 32,1 Millionen RM., im September 40,4 Millionen RM.

Die Belebung der Wirtschaft

Berlin, 28. Okt. Zu den in der Presse in letzter Zeit sich ständig wiederholenden Polemiken gegen das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung, in denen eine Belebung der Wirtschaft bestritten wird, wird von unterrichteter Seite auf die **Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung** hingewiesen. Nach diesen Feststellungen sind in einer ganzen Reihe von Industriezweigen tatsächlich Produktionssteigerungen erfolgt. Für den Steinkohlenbergbau ergibt sich — die Produktion des Jahres 1928 gleich 10 gesetzt —, daß die Produktion im August d. J. 62,9, im September 66,5 betrug. Für Roheisen stellt sich die Produktion im August auf 27,0, im September auf 28,2, für Walzwerkprodukte auf 29,2 im August und auf 33,1 im September, für das Baumwollgewerbe auf 87,8 im August und auf 101,3 im September.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Deutsches Leben u. der Tomatenausschuß

Blumen und Früchte, die nach Käufern suchen

Von Hermann Brieger.

Der Regierungsausschuß für die Kontingentierungsverhandlungen im Ausland schleppt die ironische Bezeichnung „Tomatenausschuß" mit sich herum. Darüber kann man lachen, darf sich durch solche Scherze aber nicht den dringlichen Ernst für die Beurteilung der Lebensnotwendigkeiten unseres Gartenbaus nehmen lassen. Er ist das landwirtschaftliche Arbeitsgebiet der größten Intensität, des bei weitem stärksten Bedarfs nach menschlicher Arbeitskraft. Das trifft nicht nur für die Blumenzucht, sondern auch für den Gemüsebau zu. Gerade diese landwirtschaftlichen Erwerbszweige müssen das Rückgrat bilden für die Ausführung der großen landwirtschaftlichen Siedlungspläne. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß der Ruf: Zurück aufs Land! noch von vielen Hunderttausenden arbeitswilliger Menschen in Deutschland gehört werden muß, wenn der von uns allen heiß ersehnte Ausgleich des Arbeitsmarktes wieder erreicht werden soll. Und für diese Hunderttausende bietet sich zum Glück eine ganz sichere Quelle des Lebensunterhaltes mit Gartenbau.

Man hat der deutschen Landwirtschaft seine Vernachlässigung vorgeworfen und es ihr als Schuld angerechnet, daß so zahlreiche auf deutschem Boden gedeihende Gemüsearten aus dem Ausland zu uns kommen. Bis zu einem gewissen Grade herrschte einige Zeit tatsächlich eine Unterschätzung des Blumen-, Gemüse- und Obstanbaus in Deutschland. Und doch hätte die leistungsfähige Landwirtschaft der Welt einem Umschwung der Ernährung eines 65-Millionen-Volkes, wie wir ihn im Verlauf der letzten Jahre erlebten, ohnmächtig gegenübergestanden. Schon im Jahre 1927 war der jährliche Gemüseverbrauch auf 70,6 Kilogramm gegen 51,6 auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1913 gestiegen. Und seit 1927 ergriff überhaupt die Ernährungsumstellung erst die breiteren Volksschichten. Jüngere amtliche Ziffern liegen noch nicht vor. Sehr wahrscheinlich übersteigt aber heute der durchschnittliche Gemüseverbrauch das Doppelte der Vorkriegszeit. Bei mäßig gestiegenem Fleisch- und erheblich abgesunkenem Getreidebedarf kam es zu einer ruckartigen Begeisterung des Volkes für Gemüse und Obst aller Arten. Ursächlich dafür sind die Ergebnisse der neuzeitlichen Ernährungsforschung, insbesondere der Vitaminlehre, die in der praktischen Anwendung bei der Volksernährung Allgemeingut geworden sind und sich im Verlauf der nächsten Jahre in noch stärkerem Verbrauch von Gemüse und Obst auswirken werden.

Das Ausland stürzt sich sofort mit ungeheurem Eifer auf diese neue Möglichkeit der Absatzerweiterung in Deutschland. Obwohl beispielsweise die Tomatenerzeugung in Deutschland ganz besondere Fortschritte machte, betrug die Einfuhr dieser Früchte im August dieses Jahres 212 000 Doppelzentner gegen 137 000 Doppelzentner im August des Vorjahres. Das wirkt doch wie ein unmittelbarer Fingerzeig für die zukünftigen deutschen Siedler: Da liegt Euer Lebensunterhalt! Denn ähnlich gestalteten sich die Verhältnisse auf dem Gesamtgebiete des Gemüsebaus. Trotz der Einfuhrdrosselung, trotz der Devisensparsamkeit im Verlauf dieses ganzen Jahres stehen wir vor schier unglaublichen Einfuhrvermehrungen für einige Gemüsearten. So steigerte sich die Einfuhr von Rot- und Weißkohl je um mehr als 50 v. H. des Vorjahres! Auch Rosen- und Wirsingkohl weisen beträchtlich höhere Einfuhrzahlen auf. Die Zwiebeleinfuhr kletterte von 34 000 Tonnen auf 48 000 Tonnen trotz erheblich gestiegenen Preisen, so daß unser Auslandstribut dafür im ersten Halbjahr von 4,9 auf 8,3 Millionen RM. angewachsen ist.

Das geschah, obwohl der deutsche Gartenbau hier tüchtig eingegriffen hat und heute schon befähigt wäre, unseren heimischen Bedarf in der günstigen Jahreszeit ganz, in den übrigen Monaten erheblich besser als jemals zu decken. Gegenüber 116 000 Hektar Gemüseland im Frieden dient unserem Gartenbau jetzt eine Anbaufläche von 150 000 Hektar. Dazu kommt Gemüse unter Glas mit 3,4 Millionen und Blumen mit 1,7 Millionen Quadratmetern. In den letzten Jahren wurden gerade für diese Art des Anbaus mehr als 3 Millionen RM. eingesetzt, und im Obstbau erfolgten umfangreiche Neupflanzungen und Umpropfungen auf edlere und tragfähigere Sorten, so wie sie der Gaumen der deutschen Verbraucher sich wünscht und aus dem Auslande ganz sicher nicht so frisch bekommt. Dieser Arbeits- und Geldaufwand kommt erst im Verlauf des nächsten Jahres und der nachfolgenden Zeit in einem vermehrten Angebot zur Geltung. Aber nun stelle man sich das Entsetzen der Landwirtschaft vor angesichts eines Preisschwundes von durchschnittlich 40 v. H. im Blumen- und Pflanzenbau allgemein und um 50 bis 60 v. H. im Obst- und Gemüsebau allein, der mit einem stürmischen Andrang von ausländischer Einfuhr zusammenfällt, die mit hohen Preisen im eigenen Lande und mit Dumpingverfahren gegen die deutsche Landwirtschaft arbeitet. Das geschieht zum Teil aus der Besorgnis für einen leistungsfähigen Wettbewerb auf Deutschlands eigenem Boden.

Da sind handelspolitische Schutzmaßnahmen selbstverständlich. Die Summen, um die es dabei geht, sind recht erheblich. An Küchengewächsen nahmen wir in diesem Jahre bis einschließlich September dem Ausland schon für 57 Millionen RM. und an Obst sogar für 69 Millionen RM. ab. Dabei sind aber Südfrüchte noch nicht einbegriffen. Diese erforderten bis jetzt allein einen Aufwand von 114 Millionen RM. Das ist der überhaupt höchste Ausgabeposten unserer ganzen Lebensmitteleinfuhr. An zweiter Stelle steht Kaffee mit 107 Millionen RM. in den ersten neun Monaten dieses Jahres. Dann folgen Eier mit 94, Weizen mit 87 und Butter mit 81 Millionen RM. Solche Einfuhrposten bilden für jeden nachdenkenden Deutschen eine Mahnung, daß noch vieles, vieles anders werden muß und kann.

Entschließung zur Frage der Siedlung

ep. Von der Arbeitsgemeinschaft des Evang. Siedlungsdienstes die beim Kirchlich-Sozialen Kongreß zusammentrat, wurde folgende Entschließung zur Frage der Siedlung gefaßt:

1. Siedlung als Vollbauernsiedlung, Anliegersiedlung, Nebenerwerbssiedlung, Randsiedlung ist aus nationalen, wirtschaftlichen, bevölkerungspolitischen und ethischen Gründen notwendig und zielbewußt und planmäßig soweit nur irgend möglich zu fördern. Daneben ist Wiedergewinnung von für Siedlung geeignetem Kolonialland von größter Wichtigkeit; Beachtung zu schenken ist auch der Siedlung in nichtdeutschen Gebieten.

2. Oberster Grundsatz muß sein, die Siedlung auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu stellen. Die Rentabilität der einzelnen Siedlerstellen muß möglichst gesichert sein. Allgemeine Voraussetzung ist daher eine geeignete Wirtschafts- und Agrarpolitik von Reich und Ländern.

3. Im einzelnen sind erforderlich ein möglichst einfaches Siedlungsverfahren durch Ausschaltung überflüssiger Zwischeninstanzen; die Niedrighaltung der Siedlungskosten durch Beschleunigung des Siedlungsvorganges, durch Einschaltung der Selbsthilfe der Siedler und des freiwilligen Arbeitsdienstes soweit als möglich, durch günstige Gestaltung der Bodenpreise, der Bau- und sonstigen Kosten; geeignete Maßnahmen zur Beschaffung von billigem Fremdkapital, wobei unabweislich ist die Pflege auch des nachstelligen Realkredits und damit zusammenhängend die Ausnützung der Rückflüsse aus den Hauszinssteuerhypotheken für die Zwecke der Siedlung.

4. An Boden ist bereitzustellen jeder seither ungenügend oder unwirtschaftlich genützte Boden, soweit er nicht zur Erhaltung erforderlicher Groß- oder Musterbetriebe nötig ist; ferner soweit möglich Boden, der zu einer besseren Kultur sich eignet, z. B. Oedland und erforderlichenfalls auch Waldboden.

5. Von besonderer Wichtigkeit ist eine sorgfältige Auswahl und sachkundige Anleitung und Beratung der Siedler, Männer und Frauen. Bildung von landsmannschaftlich und konfessionell zusammengehörigen Siedlergruppen ist anzustreben.

6. Schon bei der Auswahl der Siedler, sodann bei ihrer kirchlichen und kulturellen Versorgung haben kirchliche Organe und freie christliche Verbände wichtige Aufgaben. Der freie Evang. Siedlungsdienst ist möglichst zu fördern.

Ausdehnung des weiblichen Arbeitsdienstes

Berlin, 28. Okt. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, fanden unter Leitung des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst, Dr. Syrup, Verhandlungen mit sachverständigen Vertreterinnen aus verschiedenen Wohlfahrtsorganisationen über die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes für weibliche Erwerbslose statt. An den Verhandlungen waren Vertreterinnen sämtlicher maßgebender Organisationen, und zwar von den konfessionellen Gruppen bis zur Arbeiterhilfe, beteiligt. Es nahm auch eine Anzahl Abgeordneter an den Besprechungen teil. Verhandlungsgrundlage war eine bereits ausgearbeitete Vorlage, die den Ausbau und die Fundamentierung der Beteiligung der weiblichen Erwerbslosen am freiwilligen Arbeitsdienst regelt. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. weiter meldet, sind bereits bisher rund 10 000 erwerbslose Mädchen im freiwilligen Arbeitsdienst tätig. Man erstrebt, auch sie in geschlossenen Werklagern unterzubringen und dort mit produktiven Arbeiten zu beschäftigen, die für Frauen geeignet sind, z. B. mit Ausbesserungsarbeiten im Rahmen der Winterhilfe, mit Kultivierung von Kleingartenland usw. Die Mittel für die Beteiligung der weiblichen Erwerbslosen am freiwilligen Arbeitsdienst sollen von den Gesamtmitteln für diese Zwecke abgezweigt werden.

Frauen und Mütter!

Wenn Eure Männer ihre Lebensversicherung verfallen lassen möchten: helft ihnen, sie in Kraft zu halten! Helft mit, an anderer Stelle so viel zu sparen, daß Euer Beitrag eingezahlt werden kann! Nur dann seid Ihr und Eure Kinder auch in dem schlimmsten Fall geschützt!

Ungewisse Zukunft – also Lebensversicherung!

Auch in schweren Zeiten gibt es Mittel und Wege, um eine Lebensversicherung in Kraft zu erhalten. Fragt den Versicherungs-Fachmann — er wird Euch sachgemäß beraten!

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[2

„Einen Augenblick, bitte", wandte er sich an die junge Frau und nahm den Hörer ab.

Während er hörte, bekam sein Gesicht einen sorgenvollen Ausdruck.

„Ich komme sofort", sagte er in den Apparat.

Die junge Frau erhob sich erschreckt.

„Nun bin ich wieder viel zu lange geblieben und habe Sie mit meinen Sorgen belästigt, Herr Rechtsanwalt. Dabei sind Sie mit anderen beruflichen Dingen mehr als beschäftigt."

„Das eben war nichts Berufliches. Aber privat gibt es auch Vieles und Unerfreuliches. Ich muß in der Tat gleich heim. Entschuldigen Sie mich also. Ich werde Sie in den nächsten Tagen noch einmal herbitten müssen. Wir wollen noch einen letzten Weg versuchen, mit den Leuten drüben zu einer Einigung zu kommen, damit wir alles versucht haben und uns hinterher keine Vorwürfe zu machen brauchen. Ich erreiche Sie ja in der Pension — nicht wahr?"

Edith Bernheim verabschiedete sich hastig; sie wollte den jungen Anwalt keine Minute länger aufhalten, obwohl es ihr immer schwer wurde, von hier fortzugehen. Das behagliche Zimmer hier war ihr immer wie ein Asyl des Friedens und des Ausruhens nach der unsteten Hast ihres jetzigen Lebens. Der Zuspruch Weltners gab ihrem gequälten Gemüt immer wieder Ruhe und Hoffnung.

Jetzt freilich war auch der letzte Hoffnungsstrahl erloschen. Sie stand vor dem Nichts. Wenn es ihr nicht bald gelang, eine Stellung zu finden, war es aus. Dann konnte sie verhungern oder betteln gehen. Sie hatte mit letzter Kraft ihre völlige Verzweiflung vor dem Anwalt verborgen. Er sollte nicht ahnen, daß sie nur noch ein paar Mark in der Tasche hatte, sonst hätte er ihr womöglich eine pekuniäre Hilfe aufzuzwingen versucht. Von ihm aber am allerletzten hätte sie eine solche Hilfe annehmen wollen, denn — ein heißes Rot ging bei diesem Gedanken über ihr Antlitz — sie liebte ihn, liebte ihn heiß und schmerzlich, den gütigen Menschen, der sich ihrer angenommen, wie seit dem Tode der Eltern niemand mehr. Aber gerade deswegen durfte er nichts von ihrer Notlage ahnen, ebensowenig wie von dem, was sie für ihn fühlte.

Müde ging Edith Bernheim die Treppe hinunter. Draußen fiel ein herbstlicher Regen zäh und kühl. Die junge Frau erschauerte in ihrem dünnen schwarzen Sommermäntelchen. Sie konnte sich immer noch nicht an das nordische Klima gewöhnen, nachdem sie viele Jahre unten im tropischen Lande zugebracht hatte.

Jetzt erst fühlte sie, wie elend ihr war. Sie taumelte fast vor Müdigkeit. Den ganzen Tag war sie ja wegen einer Stellung unterwegs gewesen, von einem Arbeitsamt zum anderen, von einem Geschäft zum nächsten — überall, wo eine Stellung ausgeschrieben gewesen war. Aber immer mit dem gleichen Mißerfolg. Dazu hatte sie keine warme Mahlzeit im Magen. Sie mußte ihre paar Mark ängstlich zusammenhalten.

Auch jetzt wagte sie nicht einmal das Fahrgeld für die Elektrische auszugeben, denn sie brauchte es morgen zu nötig, um wieder nach Arbeit zu suchen.

So ging sie langsam und verzweifelt den Weg in ihre kleine Pension, die wohl dreiviertel Stunden von dem Anwaltbüro Doktor Weltners entfernt lag. Sehnsüchtig blickte sie durch die erhellten Scheiben der Kaffeehäuser und Restaurants, hinter deren Spitzenvorhängen sorglose Menschen saßen.

Einmal hatte man auch wie andere in diesen Kaffeehäusern gesessen, zwischen Musik, Farben und Licht, hatte sorglos gelacht, gescherzt, erlesene Speisen auf silbernen Platten vor sich und Blumen und Wein.

Aber es hatte keinen Sinn, sich die schwere Gegenwart noch trüber zu machen durch diese Erinnerungen. Es galt, sich abzufinden, Kraft zu behalten. Sie zwang sich, rascher auszuschreiten, obwohl ihre Füße von dem ungewohnten Pflastertreten schmerzten; aber sie mußte sich durch schnelleres Gehen erwärmen, und um so eher war sie auch zu Hause. Dort wartete noch eine ganze Reihe Adressen, die sie sich heute aus den Zeitungen in der Lesehalle ausgeschrieben hatte. Eine Reihe Bewerbungsschreiben wollte noch erledigt sein.

* * *

Rechtsanwalt Weltner hatte der schwarzgekleideten jungen Frau nachdenklich nachgesehen. Ihr Schicksal bewegte ihn, wie selten eines seiner Klienten. Jung und lebensunerfahren hatte sich dies junge Wesen, Tochter reicher, angesehener Eltern, auf einer Auslandreise in einen Mann verliebt, der von Deutschland nach Chile ausgewandert war und dort große Salpetergruben besaß. Sie heiratete ihn, geblendet von seiner Eleganz, seinem heiteren und beschwingten Wesen, ohne zu ahnen, daß zu einer Ehe mehr gehört als ein leichter Sinn und ein gutes Aussehen.

Jetzt war sie nach dem Freitod des Mannes in die Heimat zurückgekehrt, arm, enttäuscht, von dem Manne in seelischem und pekuniärem Elend zurückgelassen. Das, was die Schulden ihres Mannes nicht aufgezehrt hatten, machten ihr falsche Geschäftsfreunde des Verstorbenen streitig. Es bestand kaum eine Aussicht, daß die junge Frau mit ihren Forderungen durchdringen würde.

Weltner raffte sich gewaltsam aus seinen Gedanken auf.

Sein Wagen wartete schon geraume Zeit unten und führte ihn durch die abendlich stillen Straßen der Stadt bis hinaus in die schöne Villa in dem vornehmen Vorort der Großstadt.

Zweites Kapitel.

Während das Auto, hier und da einen warnenden Hupenton ausstoßend, lautlos über die asphaltierten Straßen glitt, saß Rechtsanwalt Weltner mit sorgenvollem Gesicht in der Ecke des grünausgeschlagenen Fonds.

(Fortsetzung folgt.)